

29.11.2011

# Antrag

der Fraktion der CDU

## Beispiellose Gewalt gegen Polizeibeamte beim Castor-Transport 2011

### I. Sachverhalt:

Nach mehr als fünf Tagen Fahrzeit hat der längste Castor-Transport aller Zeiten am 28.11.2011 spät abends das Zwischenlager Gorleben erreicht. Der Konvoi ins niedersächsische Wendland wurde durch Blockaden Tausender Atomkraftgegner auf den Schienen und der Straße immer wieder aufgehalten. Die elf Atommüll-Behälter waren am vergangenen Mittwoch nahe der französischen Wiederaufarbeitungsanlage La Hague gestartet.

Kaum ein Castor-Transport der letzten Jahre hat die zur Sicherung eingesetzten Polizistinnen und Polizisten so viel Kraft gekostet, wie der diesjährige. Der Bundesvorsitzende der Gewerkschaft der Polizei (GdP), Bernd Witthaut, erklärte dazu in einer Pressemitteilung vom 29.11.2011: „Der Hass und die Gewalt, die meinen Kolleginnen und Kollegen von einzelnen autonomen Gruppen entgegenschlug, waren ohne Beispiel. (...) Die Einsatzkräfte hatten es mit einer international besetzten Anarcho-Szene zu tun, denen das Leben von Polizisten keinen Pfifferling wert ist.“ Laut Witthaut seien Polizeibeamte unter anderem mit nägelspicken Golfbällen beworfen worden. Bei Einsätzen dieser Art sähen sich Beamte zudem immer häufiger Angriffen durch Feuerwerkskörper ausgesetzt, die mit Steinen und Scherben gefüllt würden. Allein an diesem Wochenende seien beim Castor-Transport und in Berlin zusammen 150 Beamte verletzt worden.

Die Parteivorsitzende von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, Claudia Roth, bezeichnete den Polizeieinsatz in einer ersten Reaktion gleichwohl als „absolut überzogen“ und „Anschlag auf die Demokratie“.

### II. Der Landtag stellt fest:

1. Der Landtag von Nordrhein-Westfalen verurteilt die brutalen Angriffe auf Polizeibeamte anlässlich des Castor-Transportes am vergangenen Wochenende. Diese Attacken sind beispiellos und stellen eine neue Eskalationsstufe im Umgang zwischen Demonstranten und Polizei dar.

Datum des Originals: 29.11.2011/Ausgegeben: 29.11.2011

Die Veröffentlichungen des Landtags Nordrhein-Westfalen sind einzeln gegen eine Schutzgebühr beim Archiv des Landtags Nordrhein-Westfalen, 40002 Düsseldorf, Postfach 10 11 43, Telefon (0211) 884 - 2439, zu beziehen. Der kostenfreie Abruf ist auch möglich über das Internet-Angebot des Landtags Nordrhein-Westfalen unter [www.landtag.nrw.de](http://www.landtag.nrw.de)

2. Der Landtag von Nordrhein-Westfalen fordert eine harte Bestrafung aller Personen, die den Polizeieinsatz mit gewaltsamen Mitteln behindert haben.
3. Der Landtag von Nordrhein-Westfalen distanziert sich ausdrücklich von der Reaktion der Bundesvorsitzenden von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, die das Vorgehen der Polizei öffentlich als einen „Anschlag auf die Demokratie“ bezeichnet hat. Wer einen rechtmäßigen Polizeieinsatz als „Anschlag auf die Demokratie“ verunglimpft, offenbart ein bizarres Demokratieverständnis.
4. Vor dem Hintergrund, dass der Deutsche Bundestag in diesem Jahr den Ausstieg aus der Atomenergie bis zum Jahr 2022 beschlossen und Bundesumweltminister Norbert Röttgen erst kürzlich die Suche nach einem alternativen Endlager angekündigt hat, appelliert der Landtag an alle Atomkraftgegner, ihren Protest gegen Atommülltransporte in Zukunft ausschließlich mit friedlichen Mitteln zu führen.

Karl-Josef Laumann  
Armin Laschet  
Peter Biesenbach  
Theo Kruse

und Fraktion